

60 JAHRE LUXEMBURGER ABKOMMEN

Einführung*

Hanns Jürgen Küsters

Im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung darf ich Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Veranstaltung „60 Jahre Luxemburger Abkommen: Meilenstein für die deutsch-israelischen Beziehungen“ willkommen heißen. Es ist mir eine ganz besondere Freude, Sie wieder einmal hier in Sankt Augustin zu einer politisch-zeithistorischen Tagung begrüßen zu dürfen.

Am 10. September 1952, also vor fast genau 60 Jahren, unterzeichneten die Bundesregierung unter Konrad Adenauer für die Bundesrepublik Deutschland und der Staat Israel das Abkommen über Wiedergutmachungsleistungen, mit dem die Bundesrepublik Deutschland Verantwortung für die Folgen des Völkermordes an den europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland übernahm. Es sah Zahlungen, Exportgüter und Dienstleistungen im Gesamtwert von 3,5 Milliarden DM, Leistungen an die in der Conference on Jewish Material Claims against Germany zusammengesetzten Verbände zur Eingliederung mittelloser jüdischer Flüchtlinge sowie die Selbstverpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zur Rückerstattung von Vermögenswerten von Opfern des Holocausts vor.

Doch ging es hierbei nicht nur um Wiedergutmachung, was materiell nicht wiedergutzumachen war. Es ging um mehr. Sieben Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs stellte das Luxemburger Abkommen einen bedeutenden Meilenstein auf dem Weg zur deutsch-israelischen Wiederannäherung dar.

Ein solcher Schritt war nach den menschenverachtenden Gräueltaten und Exzessen der Nationalsozialisten zugleich eine fast übermenschliche Aufgabe für alle Beteiligten, wurden doch vollkommen unterschiedliche Erwartungen mit der Wiederaufnahme der Kontakte verbunden. Israel ging es um die Feststellung der Schuld, Deutschland erwartete Bereitschaft und Worte zur Versöhnung, wie der erste Botschafter Israels in Deutschland Asher Ben-Natan in seinen Erinnerungen betonte. Brücken bauen ohne zu vergessen, darin bestand die eigentliche Herausforderung.

Zu den wichtigen Komponenten, die das bilaterale Verhältnis formten, gehörte vor allem die Überwindung der Nicht-Kommunikation und die Durchsetzung der Politik David Ben Gurions der behutsamen Annäherung an die „Tä-

* Einführungsvortrag anlässlich der Veranstaltung „60 Jahre Luxemburger Abkommen. Meilenstein für die deutsch-israelischen Beziehungen“ am 6. September 2012 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

ternation“ und die Wiederaufnahme der Kontakte gegen die Mehrheit der öffentlichen Meinung. Es darf auch nicht vergessen werden, dass sich die Deutschen schwerer mit der Wiederannäherung taten, als es die Regierung Adenauer anfangs wahrhaben wollte.

Konrad Adenauer, der rheinische Katholik, dem in den 1920er Jahren eine jüdenfreundliche Haltung nachgesagt wurde, war sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht nur der besonderen Verantwortung Deutschlands für die Juden und den Staat Israel bewusst; er war auch bereit, sich dieser Verantwortung zu stellen. Auch von Ben Gurion kann man mit Fug und Recht sagen, dass er sich der besonderen Verantwortung für Israel bewusst war und sich der Herausforderung stellte, dem jüdischen Volk eine Heimstatt zu geben. Nicht minder war ihm die Tatsache bewusst, dass sich Israel nicht auf Dauer gegen jegliche Beziehungen zu den Deutschen sträuben konnte. Ausgangspunkt war seine feste Überzeugung, es werde gelingen, bei den Deutschen, vor allem deren Jugend, ein Gefühl moralischer Genugtuung zu erzeugen, um die Sünden Hitler-Deutschlands zu sühnen.

„Wir mussten das Unrecht, das den Juden angetan worden ist von den Nationalsozialisten soweit gut machen, wie das irgend möglich war“, hat Adenauer betont. Denn für ihn war das vom ersten Tage der Bundesrepublik Deutschland der entscheidende Maßstab, ob die Deutschen „wieder aufgenommen werden würden in den Kreis der anderen Völker“.

Wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt bemühte sich Bundeskanzler Adenauer um Kontakte zu jüdischen Vertretern, weil er die moralische und finanzielle Wiedergutmachung, die letztlich nur symbolischen Charakter haben konnte, als Verpflichtung der Deutschen und als Teil des rechtsstaatlichen Wiederaufbaus in Deutschland ansah. Sein Interview mit dem Herausgeber der „Allgemeinen Wochenzeitung der Juden in Deutschland“ im November 1949 war der Beginn einer nur allmählich und mühsamen zustande kommenden Beziehung zwischen der Bundesregierung und Vertretern des Staates Israel. Sie mündeten dann in offizielle Verhandlungen, über die uns mein Kollege, Herr Professor Dr. Thomas Brechenmacher, von der Universität Potsdam ausführlicher berichten wird.

In Israel kam es über das Wiedergutmachungsabkommen zu erheblichem politischen Streit. Holocaust-Opfer und rechte Kritiker, vor allem Menachem Begin, bestanden darauf, Israel dürfe von Deutschland kein Geld oder andere Hilfe akzeptieren und auch nie Beziehungen zu Deutschland aufnehmen. Ben Gurion dagegen war Pragmatiker und beharrte auf dem Standpunkt, der junge Staat Israel brauche jede Art der Hilfe, auch aus Deutschland sei diese Hilfe willkommen.

Die Intensivierung der Kontakte kam nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen 1965 auf verschiedenen Ebenen Schritt für Schritt voran. Nach dem ersten Besuch einer Knesset-Delegation im März 1969 in Bonn folgte im

Juni 1971 der Gegenbesuch einer Bundestagsdelegation. 1970 und 1971 kamen erste Besuche der Außenminister Abba Eban und Walter Scheel zustande. Willy Brandt kam im Juni 1973 als erster amtierender Bundeskanzler nach Israel. Erst im Juli 1975 besuchte Yitzak Rabin als erster israelischer Ministerpräsident offiziell die Bundesrepublik. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat Israel in seiner Amtszeit nie einen offiziellen Besuch abgestattet. 40 Jahre nach Kriegsende, im Oktober 1985, reiste Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum ersten Staatsbesuch nach Israel, den Präsident Chaim Herzog im April 1987 in der Bundesrepublik erwiderte. Positiv zu vermerken ist, dass nach der Wiedervereinigung 1990 die Kontakte und Konsultationen sich enorm verstärkt haben. Ab 1992 fand ein auffälliger Wandel statt. Zwischen Bundeskanzler Kohl und den Ministerpräsidenten Rabin, Peres und Netanjahu kam es regelmäßig einmal im Jahr zu Begegnungen.

Oftmals wird heute darüber gestritten, ob die deutsch-israelische Beziehungen schon wieder oder noch nicht wieder normal sind oder auch niemals wieder normal sein können. Adenauer und Ben Gurion haben auf diese Frage mit ihrem politischen Verhalten die Antwort gegeben. Die Bundesrepublik Deutschland hat seit der Regierungszeit Adenauers erkannt: Die Deutschen haben gegenüber keinem anderen Staat der Welt eine vergleichbare fundamentale Verpflichtung, für die Existenz des jüdischen Staates und seine Sicherheit einzutreten. An diese Verpflichtung hat Israel stets hohe Erwartungen geknüpft, der die Bundesregierung seit der Ära Adenauer nachgekommen ist.

Nach dem Ende des Holocausts im „Land der Täter“ ein dauerhaftes jüdisches Leben zu etablieren, war für die meisten Überlebenden kaum denkbar. Dennoch bildeten sich in Deutschland wieder jüdische Gemeinden. Wer ein Haus baut, will bleiben. Konrad Adenauer hat dies stets begrüßt. Ab der Mitte der 1950er bis Anfang der 1960er Jahre kam es in der Bundesrepublik sogar zu einer ersten „Neubauwelle“ von Gemeindezentren und Synagogen. Der deutschen Politik galt dies als Ausweis einer vielleicht gelingenden „Wiedergutmachung“ der Verbrechen des Nationalsozialismus. Einweihungen jüdischer Bauwerke sind hier stets Gegenstand gesellschaftlichen und politischen Interesses und werden als Gradmesser des Verhältnisses zwischen Juden und Nichtjuden verstanden. Durch jüdische Einwanderer aus Osteuropa sind nach 1990 die Mitgliederzahlen der Gemeinden in Deutschland stark gestiegen. Eine zweite Welle von Neubauten jüdischer Einrichtungen ist die Folge, die bis in die Gegenwart anhält. Gleichwohl dürfen wir nicht vergessen, dass es auch heute antisemitische Vorfälle gibt, wie in der vergangenen Woche der Angriff auf einen Rabbi in Berlin. Es ist ein wichtiges und richtiges Zeichen, dass die Deutschen sich sofort öffentlich dagegen wehren und kundtun, dass Antisemitismus in Deutschland nie mehr eine Chance haben darf.

Welch schwierigen Weg der Wiederannäherung wir in sechs Jahrzehnten zurückgelegt haben, darüber wird heute Dr. Johannes Gerster berichten. Er war

lange Jahre Bundestagsabgeordneter und Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem, kann also sowohl als Zeitzeuge wie auch mit einigem Abstand aus eigenen Erfahrungen über den Prozess des Aufeinanderzugehens berichten.

Erfolge in der Politik sind oftmals auch der Tatsache geschuldet, Widerstände in den eigenen Reihen zu bekämpfen, für gewonnene Überzeugungen standfest einzutreten und diese durchzusetzen. Nur so wird das für unmöglich Gehaltene möglich, werden Vorurteile, Hindernisse und Widerstände allmählich abgebaut. Realistisch Moral und Staatsräson abzuwägen, dazu bedarf es der Vision und der Staatskunst gleichermaßen. Die ehemalige Vorsitzende unserer Stiftung, Frau Bundesministerin a. D. Dr. Dorothee Wilms, weiß das aus eigener politischer Erfahrung zu berichten. Sie hat sich freundlicherweise bereit erklärt, das Schlusswort zu sprechen. Dafür meinen herzlichen Dank.